

gar nichts

Steuererhöhung jedoch ablehnt, wird die OLS vorerst aus dem normalen Staatshaushalt finanziert werden müssen.» Dann gerate der ÖV unter Druck, und das Tiefbau-Budget werde ausgeblutet. (ma)

Thurgauer FDP lehnt Passivraucher-Vorlage ab

Die Delegierten der FDP Thurgau sagen Ja zu den eidgenössischen Vorlagen zur Jugendmusikförderung und «Sicheres Wohnen im Alter». Abgelehnt wird die Initiative «Schutz vor Passivrauchen».

MANUELA OLGATI

WEINFELDEN. Zur ausserordentlichen Delegiertenversammlung der FDP Thurgau begrüsst Bruno Lüscher am Donnerstagabend 56 Delegierte, Gäste und Referenten im «Thurgauerhof». Für ein klares Ja mit 50 zu 4 Gegenstimmen sprachen sich die Delegierten der FDP zur Änderung des kantonalen Gesetzes über die Strassenverkehrsabgaben aus. Kantonsrat Max Möckli hatte über die an der ordentlichen Delegiertenversammlung gefasste Ja-Parole für den Bau von BTS/OLS informiert.

Zur Volksinitiative «Sicheres Wohnen im Alter» referierte der Jünger FDP-Ständerat Joachim Lüscher. Er sieht in der Besteuerung des Eigenmietwerts einen unfairen Spezialfall im Steuersystem. Der Eigenmietwert falle besonders bei jenen ins Gewicht, die zum Schuldzinsen vom Einkom-

Lörtscher im Vorstand sitzt, sage Ja zu dieser Erhöhung. «Denn der Thurgau bleibt auch nach der Erhöhung bei den Verkehrsabgaben unter dem Schweizer Schnitt, ist dann der sechstgünstigste Kanton.» Man wolle nicht Tür und Tor öffnen für weitere Erhöhungen. Aber hier handle es sich um eine Investition in die Zukunft im Sinne einer wirtschaftlich nachhaltigen Entwicklung, so Lörtscher.

men abziehen könnten, weil ihr Haus abbezahlt ist. Die Initiative fördere einen Abbau des Hypothekar-Schuldenbergs von 650 Milliarden, was der gesamten Volkswirtschaft und daher auch den jüngeren Generationen dienen würde. Mit dem Wahlrecht beim Eigenmietwert könnte das Wohneigentum zu einem tragenden Pfeiler der Altersvorsorge werden. Mit 37 Ja gegen 18 Nein wurde «Sicheres Wohnen im Alter» zur Annahme empfohlen.

Andreas Schweizer, Präsident des Verbandes der Thurgauer Musikschulen, warb für ein Ja zum neuen Verfassungsartikel «Jugend und Musik». Er hob besonders hervor, dass der Musikunterricht die Entwicklung des Menschen positiv beeinflusse. Mit 30 Ja- und 25 Nein-Stimmen wurde die Ja-Parole gefasst.

Ein Schutz für Nichtraucher sei bereits erfüllt und die Initiative eine Zwängerei, zeigte sich Marcel Schuler, Vorstand der Jungfreisinnigen, kämpferisch. Demgegenüber erklärte der Pro-Referent, Lungenfacharzt Robert Thurnheer, dass die Befürworter der Initiative eine faire Lösung für alle erreichen wollten. Die FDP lehnte die Vorlage deutlich (45 Nein) ab.

PR-Auftritt vertilgt

FRAUENFELD. Der Gesamtregierungsrat verteidigt den von BTS-Gegnern kritisierten Auftritt von Regierungsrat Jakob Stark in einer Publireportage einer Immobilienfirma. Es sei richtig, wenn der für ein Projekt zuständige Regierungsrat Auskünfte erteilt und für Beiträge zur Verfügung stehe, schreibt die Regierung in der Antwort auf eine Interpellation von Renate Bruggmann (SP, Kradolf). Behörden würden nämlich aktiv informieren. Die Vorlage zu BTS und OLS werde zudem vom Gesamtregierungsrat getragen und vom Grossen Rat mit grosser Mehrheit befürwortet.

Stark hatte im PR-Text für die Strassenbauvorhaben geworben. Damit setzte er sich dem Vorwurf der BTS/OLS-Gegner aus, er setze sich für die Interessen der Immobilienindustrie ein. Bruggmann



wollte wissen, ob sich ein Regierungsrat an einer Kampagne eines Unternehmens beteiligen dürfe. Bei eigentlichen PR-Kampagnen halte sich die Regierung zurück, heisst es in der Antwort. Vorliegend handle es sich um einen Beitrag für eine Kundenzeitschrift, die auch als Publireportage veröffentlicht worden sei. Das Honorar für Stark bestand aus einer Dose mit 28 Hüppen, wie die Regierung bestätigte. Diese wurden an einem Znüni im Departement vertilgt. (wid)